

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis 4200 000 Mark für Oktober ohne die Postgebühren für Zustellung; Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 500000 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 13. Oktober 1923

Nummer 92

Verbandsbeitrag (mit Extrabeitrag) **60 Millionen M.**
Sonnabend, den 13. Oktober 1923

Dazu kommen die Gaus-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen sowie die Unterstützungssätze siehe die Bekanntmachung in Nummer 91 des „Korr.“.

Zur Tariffündigung

Wie straff oder wie locker die Fäden sind, die das privatt kapitalistische Kesselreiben gegen die deutsche Republik und das mit letzterer verbundene demokratische Mitbestimmungsrecht des deutschen Volkes an seinem Geschick als Kulturvolk mit der unternehmerseitigen Tarifpolitik im deutschen Buchdruckgewerbe verknüpfen, mag zur Zeit noch mehr oder weniger schleierhaft sein. Aber sie paßt in den Streifen von Stinnes bis Ludendorff, ob gewollt oder ungewollt. Denn unabweisbar steckt hinter der durch den Deutschen Buchdrucker-Verein ausgesprochenen Kündigung des Tarifs in der jetzigen Zeit eine Tendenz, die man mit dem „Wittern von Morgenluft“ charakterisieren kann. Das dürfte für jeden unserer Leser verständlich sein, wenn er daran denkt, mit welchen hochfliegenden Plänen schon vor Jahresfrist die Herren Juristen auf Prinzipalsseite an die Beratung und Beschlußfassung des jetzt von ihnen schon wieder gekündigten Buchdrucker tarifs herangetreten sind. Daß sie damals nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, sondern die meisten ihrer reaktionären Wünsche teils in ihren Aktentaschen stecken lassen, teils wieder versenken mußten, haben sie noch nicht verschmerzt.

Nun, nachdem ein weiteres Jahr der nationalen wie internationalen privatt kapitalistischen Ausplünderung das deutsche Volk immer tiefer in wirtschaftliches Elend gestoßen hat und die rechts-wie links-wirtschaftliche Drachensaat des Bruderzwistes leider auch die Kräfte der deutschen Arbeiterschaft in unverantwortlicher Weise geschädigt hat, glauben diese Herren, daß die Zeit wieder gekommen sei, wo sie zu einem nochmaligen Anhebungsversuch der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe schreiten könnten.

Beseitigung des Nachtarbeitertags, Ferien- und Feiertagsbeschränkung, Ausmerzung jedes Mitbestimmungsrechtes im Arbeitsverhältnis sowie eine längst ersehnte weitere Zurückschraubung der Entlohnung in der Provinz, Erweiterung der Lohndifferenzen zwischen jung und alt, zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern nach unten usw. dürften im großen und ganzen die Triebfedern sein, die zu der jetzigen Tariffündigung auf Prinzipalsseite Anlaß gegeben haben.

Wären wir bezüglich unserer Verantwortlichkeit für die Interessen der Kollegenschaft so leicht geschürzt wie die prinzipalsseitigen Ratgeber dieser Katastrophentat, so würden wir sagen: Seht auf einen Schelmen anderthalbe! Aber wir sind der Auffassung, daß den Vätern der Tariffündigung nur die Hasen in die Küche getrieben würden, wenn wir in der jetzigen Zeit in die gleiche Kerbe hauen wollten. Denn der Kampf um eine bessere Entlohnung steht immer noch im Vordergrund und wird voraussichtlich noch längere Zeit Brennpunkt bleiben. Es wäre daher kurzfristige Energievergeudung, wenn wir dieses Ringen durch einen breiter angelegten Tariffkampf in den Hintergrund drängen würden. Wir richten daher an die gesamte Kollegenschaft das dringende Ersuchen, für die bevorstehenden Tarifberatungen nur solche Anträge zu stellen, die im Interesse der Allgemeinheit der Gehilfenchaft liegen. Die jetzige Zeit, in der die gesamte Volkswirtschaft in allen Fugen kracht, bietet nur wenig Möglichkeit, Forderungen durchzusetzen, die auf Sonderinteressen einzelner Gruppen hinauslaufen. Erster als je steht heute und in nächster Zeit die Aufgabe vor uns, alle Hebel intakt zu halten, die unser im gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Orkan stark umbrandetes Verbands-

schiff durch die Klippen der reaktionären Flut unbeschädigt hindurchzuführen lassen.

In dieser Situation bedeutet die prinzipalsseitige Tariffündigung nur Ballast, der von den Verteidigern der privatt kapitalistischen Wirtschaftspolitik aufgetilmt wird, um hinter ihm zu verbergen, daß sie nur noch auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Herrschaft zu erhalten in der Lage sind. Dieser Verschleierung gewerbepolitischer Hilfslosigkeit Vorschub zu leisten, kann nicht unsere Aufgabe sein. Ganz abgesehen davon, daß die jetzigen Versammlungsschwierigkeiten und die Beschränkung der Raumverhältnisse im Verbandsorgan der erforderlichen Verständigung und Erörterung einer umfangreicheren Antragstellung sehr hinderlich sein würden, dürfte es ja nur im Interesse der gesamten Kollegenschaft liegen, wenn wir die prinzipalsseitige Konjunkturpolitik auf tariflichem Gebiete ohne besondere Gegengewichte in ihrer intimsten Nachtheit sich entblößen lassen. Sie wird sich zweifellos als eine solche entbellen, die auch den letzten Zweifler unter uns an die Seite seiner Kollegen zu gemeinsamer und entschlossener Abwehr treibt!

Nicht unerwähnt möchten wir zum Schluß noch lassen, daß der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins von maßgebender Gehilfenseite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die jetzigen unklaren Verhältnisse für eine Tarifberatung am ungeeignetsten sind, und daß eine solche auf spätere und geklärtere Zeiten verschoben werden sollte. Trotzdem hat der Deutsche Buchdrucker-Verein seinen Kündigungsbeschluß aufrecht erhalten. Infolgedessen nehmen wir auch davon Abstand, in dieses so mutwillig angefachte Feuer zu blasen. Um so gewissenhafter und ruhiger wird daher auch die Gehilfenchaft in der Lage sein, ihre Kräfte auf eine heilsame Abwehr spekulativer Prinzipalsanträge zu konzentrieren und sie wird in gewerkschaftlicher Disziplin dafür zu sorgen wissen, daß dieses leichtfertige Spiel mit dem tariflichen Frieden sein verdientendes Ende findet.

Vorschlag einer zeitgemäßen Lohnreglung

Unsere Untersuchung des Verhältnisses zwischen Preis und Lohn (Nr. 89) sowie der damit zusammenhängende Nachweis einer Möglichkeit des Aufbaues statt der Sabotage im Buchdruckgewerbe (Nr. 91) haben zu der Forderung geführt, daß mit der bisherigen Art der Lohnfestsetzung in unserem Gewerbe endlich Schluß gemacht werden sollte. Soweit die bisherige frühzeitige Lohnfestsetzung für die jeweils nächste Woche mit Rücksicht auf die rechtzeitige Informationsmöglichkeit im ganzen Reichsgebiet geboten erschien, dürfte dieser Grund infolge der gewerbeshädlichen Nachteile der Irreführung der öffentlichen Meinung über die „hohen“ Buchdruckerlöhne an Boden verloren haben. Und soweit Gründe kalkulatorischen Ursprungs, d. h. von Prinzipalsseite, im Hinblick auf die Berechnung der Schlüsselzahl des Preistarifs früher dafür gesprochen haben mögen, dürfte auch dies nach den neueren Berechnungsgrundlagen für die Preisfestsetzung nicht mehr so erheblich ins Gewicht fallen.

Wenn Zahlen etwas beweisen, so jene der umstehenden Übersicht über das Verhältnis zwischen Reichsindexziffer, Buchdruckerlohn und Druckpreistarif. Es ist daraus zu ersehen, daß die Festsetzung des Preistarifs von der Lohngestaltung immer weiter abgerückt ist und sich auf „mathematischen Geheimnissen“ aufbaut, die aus der Lohnkurve niemals genau zu ermitteln sind. Denn wenn a. B. gegenwärtig im Vergleich zum Frieden einer etwa 73millionenfachen Lohnsteigerung eine 643millionenfache Steigerung des Druckpreistarifs gegenübersteht, so kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß die Lohnhöhe für die Preishöhe von ausschlaggebender Bedeutung ist. Und in Wirklichkeit verhält sich zur Zeit auch der Lohnanteil an den Produktionskosten nach dem heutigen Stande des Preistarifs wie 5 zu 40 in der Friedenszeit. Der Lohnanteil hat sich also nicht erhöht, sondern um sieben Achtel verkleinert, wenn man die Grundlagen der Preistarifberechnung als berechtigt beurteilen will. Wenn wir auch auf letztere Frage hier nicht näher eingehen wollen, so bleibt doch die Tatsache, daß keine Notwendigkeit mehr besteht, an der Vorausfestsetzung des

Lehnes aus kalkulatorischen Gründen unbedingt festhalten zu müssen. Denn ob nun in die Berechnungsgrundlagen für den Druckpreisetarif nach Großhandelsindex und Dollarkurs noch ein weiterer Schätzungs-faktor auch für den Lohnanteil einfließt, kann nicht von so weittragender Bedeutung sein, daß daran eine spätere Lohnfestsetzung scheitern müßte. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß gerade der Großhandelsindex einen zuverlässigen Faktor für die ihm jeweils folgenden Kleinhandelspreise (Weißindex) und damit auch für die davon abhängige Lohngestaltung enthält.

Verhältnis zwischen Reichsindexziffer, Buchdruckerlohn und Druckpreisetarif

Reichsindex Weißindex Friedenszeit 1 = 100	Tariffacher Buchdrucker- lohn (Spitzen- lohn), der zur Bestimmung der Lebens- haltungskosten gleichzeitig zur Verfügung steht	Wies- sach- es des Grie- dens- lohnes	Relatives Verhältnis des Buch- drucker- lohnes zur Reichs- indexziffer h. bezug auf die Grie- denszeit 137,6 = 100	Anteil des Lohnes an den Produktions- kosten in Prozent
1913	1	137,50	1	100
1921	12	1291	9	75
1922	148	11532	84	57
1923				
Januar	1120	78000	567	51
Februar	2643	153000	1254	47
März	2854	285000	2072	72
April	2954	285000	2072	73
Mai	3816	249000	2383	62
Juni	7650	792000	5750	75
Juli	37651	2167363	15327	49
August	586045	11328000	243040	38
3. September*	1845261	52020000	1460151	70
10. September	5051040	177000000	1637040	33
17. September	14244900	110000000	3198534	22
24. September	28000000	300000000	8725000	31
1. Oktober	40400000	650000000	24723670	61
8. Oktober	109100000	1500000000	43688191	40
15. Oktober	?	2500000000	72716000	?

* Von hier ab nur noch Wochenangaben; Ermittlungszahl des Weißindex des Lohnes = 34,38 (tariffischer Minimumwert 25 Proz. Ortszuschlag im Frieden).
† Von hier ab Durchschnittszahlen mehrfachen erhöhten Schätzungen in einer Woche; die jeweilige Schätzgröße ist mit 33 zu multiplizieren, woraus sich erst das Weißfache der Friedenspreise ergibt.

Von der kalkulatorischen Seite her wäre also eine spätere Lohnfestsetzung, d. h. eine solche, die den tatsächlichen Lebenshaltungskosten weder im Guten noch im Bösen voraussetzt, ganz gut möglich. Dabei handelt es sich nach unserer Meinung viel weniger um das Können als nur um das Wollen. Und wenn die Prinzipalvertreter auch immer wieder sagen, sie möchten wohl, aber sie können nicht, so können wir das nach all den Erfahrungen auf dem Lohngebiete einfach nicht glauben. Denn hier offenbart sich nur ein sozialer Einschlag, der in schroffem Widerspruch zu der Selbstverständlichkeit steht, mit der „man“ sich verpflichtet fühlt, die Kosten der viel stärker ins Gewicht fallenden Produktionsfaktoren zu bezahlen, die neben dem Lohnkonto in Frage kommen. Das ganze Elend auf diesem Gebiete offenbart sich darin, daß man für materielle Gesehungskosten sich verpflichtet fühlt, die höchsten Preise, wenn auch mit Knurren zu bezahlen, daß man aber um die „Ware“ menschlicher Arbeitskraft ärger leidet als der Teufel um eine arme Seele. Und wir sind dreist genug zu behaupten, daß es gegenwärtig nur deshalb so teuflisch in Deutschland zugeht, weil dieses Schächern um des Menschen Fierde oberster Grundfab deutscher Wirtschaftspolitik geworden zu sein scheint. Wir sehen daher auch in der Fortsetzung einer solchen „Lohnpolitik“ keinen Segen für unser Gewerbe. Denn ohne Zweifel sind die Lohnverhandlungen der letzten Zeit immer sinnloser geworden, für alle Teilnehmer eine Last. Stets handelte es sich am Ende vom Biede nur um einste oder auch nur halbe Friedenspfennige, um die sich nach ergebnislosen vielstündigen Verhandlungen in der Tarifkommission das Zentralarbeitsamt herumstreiten mußte, um schließlich doch noch das Reichsarbeitsministerium zum Kaiserstuhl für eine Mägdeburd zu Hilfe zu rufen. Auf diese Weise wurden die Lohnverhandlungen immer trostloser, ihre Resultate für die Tarifparteien immer unerfreulicher und für den Tarifgedanken selbst immer zerstörender.

Wir schlagen daher vor, daß endlich mit diesen fortgesetzten Pfennigkudereien in unserm Gewerbe Schluss gemacht wird, und daß wir zu einer stabileren, den Teuerungsverhältnissen gerechter werdenden und doch einfacheren Lohnfestsetzung zu kommen versuchen. Den Weg dazu erblicken wir in der Anwendung eines noch durch die Tarifkommission festzusetzenden beständigeren Multiplikators der Reichsindexziffer. Dieser Multiplikator kann um so niedriger sein, je näher die in Frage kommende Reichsindexziffer an der Verbrauchszeit des Lohnes liegt; sie muß um so höher sein, je weiter sie davon zurückliegt. Über die Höhe des Multiplikators wollen wir uns hier zunächst noch nicht äußern, sondern der Tarifkommission den Vortritt lassen. Die Hauptsache scheint uns zu sein, daß der Grundgedanke einer zeitnäheren Lohnfestsetzung und -berechnung richtig erkannt wird. Der Kernpunkt dieses Vorschlags ist nun der, daß durch die Festsetzung eines bestimmten Multiplikators, mit dem die jeweils künftige Reichsindexziffer vervielfacht wird, der Spitzenlohn bestimmt wird, der in der gegebenen Woche als tarifliche Lohnkass zu gelten hätte. Die Berechnung wäre nach im vereinfachten Ausdruck, daß man die Millionenziffer der Reichsindexziffer mit dem festgesetzten Multiplikator vervielfacht werden und des Resultat als tariflicher Spitzenlohn in Millionen Mark an

zusehen wäre. Aus diesem Spitzenlohn wären dann sämtliche Lohnabstufungen nach Alters- und Ortsklassen zu errechnen, und zwar an der Hand von Grundzahlen (Hundertteilen), die sich aus dem Lohnarif in folgender Form ergeben:

Grundzahlen zur Berechnung der Buchdruckerlöhne aus dem Spitzenlohn nach Ortszuschlag- und Lohnklassen in Hundertteilen des jeweiligen Spitzenlohnes

Ortszuschlag %	C		B		A		Neuans-gelernte
	Verh.	Red.	Verh.	Red.	Verh.	Red.	
0	80	76,8	76,0	73,0	70,0	67,2	57,6
2 1/2	82	78,7	77,9	74,8	71,8	68,9	59,0
5	84	80,6	79,8	76,6	73,5	70,6	60,5
7 1/2	86	82,6	81,7	78,4	75,3	72,2	61,9
10	88	84,5	83,6	80,3	77,0	73,9	63,4
12 1/2	90	86,4	85,3	82,1	78,8	75,6	64,8
15	92	88,3	87,4	83,9	80,5	77,3	66,2
17 1/2	94	90,2	89,3	85,7	82,3	79,0	67,7
21	96	92,2	91,2	87,6	84,0	80,6	69,1
22 1/2	98	94,1	93,1	89,4	85,8	82,3	70,6
25	100	96,0	95,0	91,2	87,5	84,0	72,0

Berechnungsbeispiele: Angenommen, der von der Tarifkommission festgesetzte Multiplikator wäre 50. Da die Reichsindexziffer vom 8. Oktober 109,1 Millionen beträgt, so ergäbe sich daraus für die Woche vom 6. bis 12. Oktober ein Spitzenlohn von 50 · 109 = 5450 Millionen Mark. Das wäre also der Tariflohn eines vorherzeitlichen Gehilfen der Lohnklasse C bei 25 Proz. Ortszuschlag. Will nun z. B. ein Neuausgelernter in einem Orte mit 0 Proz. Ortszuschlag aus diesem Spitzenlohn seinen Lohn errechnen, so multipliziert er den hundertsten Teil des Spitzenlohnes = 54,50 mit der für ihn gültigen Grundzahl 57,6 (vgl. obige Tabelle, 7. Spalte, erste Reihe) und erhält dadurch die Summe von 3139,2 Millionen; dieser Betrag wird nach der üblichen Berechnung der Tariflöhne abgerundet auf 3139 Millionen, da die restlichen Schelte unter 5 Rehen. Ein Lehrling der Lohnklasse B bei 12 1/2 Proz. Ortszuschlag hätte 54,50 · 82,1 (vgl. Spalte 4, 6. Reihe) = 4474 Millionen Mark zu erhalten, ein Verheirateter der Lohnklasse A bei 20 Proz. Ortszuschlag 54,50 · 84 = 4578 Millionen Mark usw.

Entschädigung für Montagsleistungen: 10,1, 10,8, 10,4, 9,1 Proz. des Spitzenlohnes.
Berechner: Der Prozentausschlag für Berechner ergibt sich laut Manteltarif aus dem Prozentverhältnis des jeweiligen Spitzenlohnes zu dem Grundlohn von 14300 Mk. (Beispiel: 300 000 000 — 14300 = 209 955 700 : 143 = 2 097 602 Proz.)

Diese Grundzahlen wären für das Hilfspersonal und die Lehrlinge noch in gleicher Weise zu ergänzen.

Bei Anerkennung dieser Art Lohnfestsetzung, die zunächst einmal auf vier Wochen vereinbart und dann schließlich je nachdem ohne Schaden für eine der Tarifparteien noch verlängert werden könnte, würde die Notwendigkeit wöchentlicher Lohnverhandlungen in Wegfall kommen. Es bedürfte vor jeder Lohnberechnung nur noch der Beachtung der wöchentlichen Indexziffer und ihre entsprechende Übertragung auf obige Grundzahlen. Jeder Prinzipal, Gehilfe, Hilfsarbeiter ja selbst die Lehrlinge wüßten dann ganz genau, welcher Lohn für jede Woche in Frage käme. Die ganze Lohnberechnung wäre dadurch vereinfacht und viel unnötige Sichererei und Leerlauf erspart.

Wir wissen zwar wohl, daß dieser Form noch der bessere Inhalt fehlt, und daß die Prinzipale immer noch darauf spekulieren, am Lohn zu knapsen, wo es nur irgendwie geht. Daher können sie auch die Reichsindexziffer nicht aussteifen. Und dennoch ist die Reichsindexziffer nur ein Produkt der Preisverhältnisse, deren Chimborassoöhe in schroffem Gegensatz zu den Elendsniederungen der Lohnarbeit steht. Goldpreise auf der einen und schäbige Papiermarklöhne auf der andern Seite, das sind Zustände, die zum Himmel stinken. Sie auszurotten, sollte Pflicht aller ehrlichen Männer sein, die noch als solche gelten wollen!

Arme Buchdruckermilliardäre!

Es ist erreicht: Wir sind Milliardäre! 2 1/2 Milliarden deutsche Reichspapierwische sollen wir in der Woche vom 6. bis 12. Oktober nach Hause schleppen. Daß es ja auch die ganze Welt erfährt, was die „unerfättlichen“ Buchdrucker verdienen, dafür sorgt die bürgerliche Presse, und wenn es das kleinste Käseblättchen ist. Brühwarm wird der staunenden Leserschaft durch Wolffs Telegraphen-Bureau verkündet, daß der Buchdruckerlohn 2 1/2 Milliarden beträgt. Kaum hat es der Leser verdaut, dann laut man ihm am nächsten Tage dasselbe Zeug nochmals an der Spitze des Lokales in fetten Lettern vor. Den Papier- und den Farbenpreis nennt man bescheiden in Goldpfennigen, den Buchdruckerlohn aber, der beispielsweise am 6. Oktober 12 bis 15 Goldmark betrug gegen 34 Mr. Friedensspitzenlohn, den posant man in astronomischen Zahlen in die Welt. Ganz selten oder überhaupt nicht veröffentlicht die bürgerliche Presse die Löhne anderer Arbeiterkategorien, immer werden die Buchdrucker herausgestellt.

Als unsre Löhne aber unter denen der Straßensieger standen, da vernahm man nichts im Blätterwalde... Wenn jedoch der Dollar in einer Woche gleich um etliche Milliarden klettert, Proletarierbutter und „Affenfett“ von 60 auf 150 Millionen und mehr steigen, dann kann doch kein normaler Mensch behaupten, daß die Erhöhung von 1 1/2 auf 2 1/2 Milliarden — also noch nicht einmal eine Verdoppelung — unerschaffbar wäre. Jedesmal wird ein großes Lamento angestimmt, wenn die Gehilfen eine ja doch noch ungenügende Erhöhung ihres Lohnes erreichen, aber eine Verdreifung des Abonnementspreises findet man in schöner Ordnung. Durch derartige Notizen wird die Öffentlichkeit ganz falsch informiert und ein Teil der Arbeiter wird neidisch. Beim Friseur, im Gemüßebüden usw. wird man angeheult: „Ihr Herren Buchdrucker könnt ja jetzt dicke Baarrenten rauchen. 2 1/2 Milliarden verdient Ihr in der Woche!“ Dies und ähnliches dummes Zeug muß man sich sagen lassen. Daß hier aber zur

Zeit nicht eine einzige Druckerei voll arbeitet, daß Kollegen seit Ende August nur 24 Stunden wöchentlich beschäftigt sind und nach Abzug von Verbands-, Krankengeld usw. und der nicht zu knappen Steuern kaum eine Milliarde herausbekommen — die Millionen, die viele durch verspätete Lohnzahlung einbüßen, seien nur nebenbei erwähnt —, das erfährt die Öffentlichkeit nicht, denn so etwas steht bekanntlich nicht in der Zeitung. Die famose Preßfreiheit gibt uns kein Recht, das Segen derartiger irreführender Meldungen zu verweigern, aber mehr Objektivität kann man schon verlangen.

Gürlik.

Fritz Frankhäuser.

Anmerkung der Redaktion: Der Einsender hat vollständig recht. Die Art und Weise, wie der Deutsche Buchdrucker-Verein durch das Wolff-Bureau auf seine Kosten die Buchdruckerlöhne hinausjammert, um die neuen, den Löhnen voraussetzenden Druckpreise bekanntzugeben zu können, ist grober Unfug.

Notenschrei!

Den meisten Kollegen ist es unverständlich, wenn aus dem besetzten Gebiet immer wieder der Ruf erschallt: Her mit den gesonderten Lohnverhandlungen für das besetzte Gebiet! Nur acht Tage Aufenthalt mit dem Buchdruckerminimum im besetzten Gebiet — und die Kollegen wären kuriert. Zahlenangaben sind ja heute wertlos, weil dieselben stündlich überholt werden. Aber es kann gesagt werden, daß die Preise hier noch über die von Berlin und von Hamburg hinausgehen.

Im Kreise III mit den Städten Wiesbaden, Mainz usw. mit nur 22½ Proz. Lokalaufschlag wird aber hartnäckig eine Sonderzulage abgelehnt.

Die Erbitterung unter den Kollegen ist hier grenzenlos. Sämtliche Berufe haben gegenüber dem unbesetzten Deutschland der hiesigen Löhner entsprechende Löhne. Selbst die städtischen Buchdrucker in Wiesbaden haben höhere Löhne als die Buchdrucker. Wenn ich die Behauptung aufstelle, daß die Buchdrucker in Mainz und Wiesbaden noch mehr als 50 Proz. hinter dem schlechtestbezahlten Arbeiter zurück sind, so ist das leider, leider traurige Wahrheit.

Deshalb her mit den Sonderverhandlungen für das besetzte Gebiet! Außergewöhnliche Zustände verlangen außergewöhnliche Mittel. Deshalb macht euch frei von dem Gedanken, daß nur der Reichsstarif der alleinseligmachende sei. Wir verlangen ja nur so viel, daß wir unser nacktes Leben fristen können. Das ist aber mit dem nackten Minimum bei 22½ Proz. Lokalaufschlag im besetzten Gebiet eine Unmöglichkeit.

Wiesbaden.

Emil Schüller.

Zentrale oder bezirksweise Regelung der Löhne

ist eine Frage, die bereits auf der Generalversammlung in Leipzig die Gemüter erhitze und heute in einer ganzen Reihe von Gauen desto erregter debattiert wird, je mehr unsre Löhne hinter denen der andern Gruppen zurückbleiben. Ich werde nicht in eine Betrachtung von Gründen und Gegenständen eintreten; ich kenne beide und weiß die einen wie die andern zu schätzen. Tatsachen aber sind:

1. daß neben uns nur noch einige wenige (kein halbes Dutzend) kleinerer Gewerkschaften zentrale Regelung haben;
2. daß unsre Art der Lohnregelung in führenden Kreisen der andern Gewerkschaften als unmöglich zur Erreichung gerechter Löhne und sogar als hemmend für die andern angesehen wird (die Ausnahmeregulierung mit Hilfe der Banknotenrunder bestätigt die Regel);
3. daß weite Kollegenkreise bei dieser Regelung fast stets am niedrigsten von allen Arbeitern entlohnt waren und noch sind, was nicht dadurch aus der Welt geschafft wird, daß in manchen Provinzorten gerade diese Regelung unsre Kollegen an die Spitze in der Entlohnung gebracht hat.

Hier nun, beim Punkt 3, scheiden sich die Geister. Jede Partei behauptet, die andre sei die Minderheit. Hier gilt es endlich eine klare Entscheidung herbeizuführen. War schon auf der Generalversammlung in Leipzig die Mehrheit für die zentrale Regelung keine erhebliche, so wird sich das Bild ganz wesentlich verschieben, würden die Kollegen direkt befragt, nachdem sie die Vor- und Nachteile der zentralen Regelung unter den jetzigen Verhältnissen am eignen Leibe gespürt haben.

So wie Hamburg, haben auch Leipzig und Rheinland-Westfalen sich offen für bezirksweise Regelung ausgesprochen (die betreffende Leipziger Versammlung brachte ein Zufallsergebnis. Red.), und ich bin überzeugt, auch in andern Gauen wächst die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes. (Als Beispiel nur dies: Neben dem Baugewerbe mit sämtlichen Anfängern ist es hier noch über die Hälfte der andern Berufe, die mehr als das Doppelte unsres Lohnes verdienen, und so wird es teils auch anderswo noch aussehen.)

Darum gilt es endlich Klarheit zu schaffen, ob die, die in Großstadt und Industriegegend unter der zentralen Regelung leiden, oder die, die dabei gut bestehen können, die Mehrheit im Verband bilden, und da auf gilt es, die zukünftige Regelung zu treffen. Das ist keine Unkollegialität, kein Egoismus. Der wäre gegeben, wenn die Mehrheit unter der Minderheit leiden müßte.

Diese Klarheit kann nur eine Urabstimmung herbeiführen, und die Gauvorsteherkonferenzen hätte die Pflicht, die Urabstimmung zu beschließen, wenn sie nicht will, daß noch in dieser Frage die Ver-

hältnisse wieder über Beschüsse hinwegrasen und eine Neuregelung erzwingen, wenn es fast zu spät ist, wie es bei den Metallböhnen schon einmal geschah.

Hamburg.

L. Borban.

Zentrale Lohnverhandlungen oder nicht?

Schon oft ist über diese Frage geredet und geschrieben und von allen Gesichtspunkten aus ist sie beleuchtet worden. Das Für und Wider wird auch nie verstummen, solange die jetzigen anarchischen Verhältnisse bestehen. Es gibt viele Anhänger der zentralen Lohnverhandlungen, die um deswillen für dieselben sind, weil sie ihnen Vorteile bringt. Es gibt aber auch weite Kreise in der Kollegenschaft, die den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen und für dezentralisierte Lohnregelung sind, weil sie bei der zentralen Lohnregelung sehr schlecht davon kommen. Was die zentralen Lohnregelungen insbesondere der Kollegenschaft des besetzten Gebietes im Kreise II bringen bzw. nicht bringen, ist so, daß von hier aus der Ruf nach Sonderverhandlungen am lautesten ertönt. Und das mit Recht! Denn die Verhältnisse der letzten Wochen haben uns im besetzten Gebiet Zustände geschaffen, denen die zentralen Lohnabmachungen nicht mehr gewachsen sind.

Der Lohn vom 8. bis 14. September z. B. mit 132 Millionen Mark einschließlich 20 Proz. Zuschlag reichte am Lohnabstichtage in Düsseldorf gerade dazu hin, zwei Pfund Speck und ein Pfund Margarine zu kaufen! Kollegen, die in einem entfernten gelegenen Vorort wohnen, mußten allein für ihre Wochenkarte weit mehr als die Hälfte ihres Lohnes, nämlich 80 Millionen, bezahlen! In der darauf folgenden Woche, wo als Lohn vom 15. bis 21. September 300 Millionen plus 20 Proz. gleich 360 Millionen durch die zentralen Vereinbarungen festgelegt wurden, reichte er am Abstichtage ebenfalls nur dazu aus, um damit ein Pfund Butter gleich 120, ein Pfund Fleisch gleich 100, ein Pfund Schmalz gleich 70 und ein Pfund Margarine gleich 45 Millionen Mark kaufen zu können; Dinge, für die man in der Vorkriegszeit nicht einmal einen einzigen Tagelohn aufzuwenden brauchte.

Noch unser Glendlohn wird uns nicht nur an diesen Beispielen offenbar, sondern auch daran möge die Kollegenschaft im übrigen Deutschland erkennen, wie es hier bestellt ist, wenn ihr verraten wird, daß in der einen Woche des Spitzenlohnes von 132 Millionen Mark die Erwerbslosenunterstützung für das Familienoberhaupt ohne Frauen- und Kinderzuschläge 270 Millionen betrug, also mehr als den doppelten Betrag, und in der darauffolgenden Woche beim Spitzenlohn von 360 Millionen die Erwerbslosenunterstützung gar 420 Millionen Mark betrug.

In gerade so unwürdigem Verhältnis stand und steht unser Lohn zu dem andrer Berufe. Während er in der erstgenannten Woche pro Stunde 2½ Millionen betrug, war er in fast allen andern Berufen 8 bis 9½ Millionen und in der folgenden Woche bei uns 7½ Millionen, während er in fast allen andern Berufen außerhalb der graphischen Branche zwischen 22 und 25 Millionen schwankte.

Daß solche Verhältnisse für uns als Buchdrucker unerträglich sind, bedarf keiner Erwähnung. Mit zwingender Notwendigkeit erblickt dies eine Änderung.

Wie ist diese herbeizuführen? Es gibt zwei Wege: Entweder Sonderverhandlungen für das besetzte Gebiet — oder Heraushebung der Befassungszulage in einem solchen Maße, daß ein Ausgleich geschaffen wird. Zu beiden Wegen bieten sich unsrer Organisation die Möglichkeiten, wenn wir unsre Kraft dafür einsetzen. Die Organisation kann Sonderverhandlungen für das besetzte Gebiet erzwingen, sie kann aber auch reichstärkig dem schwer leidenden besetzten Gebiet helfen, einen höheren prozentualen Zuschlag zu sichern. Bei der Beschreitung beider Wege muß das ganze Schwergewicht, das in die Hand der Organisation gelegt ist, angewandt werden, wodurch die gesteckten Ziele zu erreichen sind.

Daß bei erstem Willen etwas zu erreichen ist, das bewies die Lohnbewegung der Düsseldorfer Kollegenschaft, die nur einige Stunden die Betriebe stillzulegen brauchte, um die Spitzenlöhne für die eine Woche von 132 auf 320 und für die andre Woche von 360 auf 560 Millionen Mark zu erhöhen. Diese kurze Bewegung ist bezeichnend für unser Gegenüber. Nachdem man Gelegenheit hatte, durch die stattgehabten Kreisverhandlungen der Gehilfenschaft entgegenzukommen, sabotierte man diese, und erst als das Messer an der Kehle sah (Einstellung des Notendrucks und der Zeitungsbetriebe), bequeme man sich zu Zugeständnissen.

Will unsre Organisation nicht großen Schäden erleiden, wird sie in der Lohnfrage aktiv werden müssen; nicht im Verhandeln, sondern im Handeln!

Düsseldorf.

H. Wolff May.

Zentrale, gauweise oder örtliche Lohnverhandlungen?

Es scheint mir, daß die Auseinandersetzungen, ob zentrale, gau- oder bezirksweise Lohnverhandlungen in demselben Stadium sind wie vor längerer Zeit die vierwöchentlichen Lohnabschlüsse im Gewerbe. Wenn man sich von mancher Stelle gegen kürzere Abschlüsse und zwar selbstbar danach, als wäranasläufige vierwöchentliche Verhandlungen, aus „technischen“ Gründen abtätliche nicht möglich, so müßten

Die Verhältnisse uns wieder zeigen, daß das auch ging, gehen mußte. Leider war stets und ständig zu verzeichnen, daß wir mit zu den Letzten gehörten, die in den Genuss von kürzern Abschlüssen kamen, so daß wir materiell uns immer im Lichte standen. Waren es bis vor kurzem scheinbar nur Teile des besetzten Gebietes, die nach örtlichen Lohnregelungen ziefen, so haben sich die Verhältnisse in letzter Zeit derart entwickelt, daß die Stimmen sich nun auch aus dem Reiche vermehren und heftiger nach Änderung und Reformierung schreien. Die Kollegen in den Großstädten haben nach meinem Dafürhalten ein Beispiel von Ruhe und Solidarität gegeben, wie es wohl kaum in einer andern Gewerkschaft angetroffen wird.

Die angeführten Löhne der Buchdrucker und Transportarbeiter in Bamberg vom Kollegen D. Schramm (Nr. 85) stehen hier, stets die zentrale Regelung angenommen, im umgekehrten Verhältnis, d. h. daß hier am Ort, wenn nicht die Regierung in letzter Zeit eingegriffen hätte, alle andern Berufe bis zu 200 Proz. mehr verdient haben würden. Es war so weit, daß die Handelsarbeiterinnen über uns standen, und zwar nicht einmal, sondern wochenlang. Wie trau hier die Verhältnisse liegen, mag daraus hervorgehen, daß bei uns in der Woche vom 18. bis 22. September im Durchschnitt Löhne bis 25 Millionen die Stunde gezahlt wurden. (Berlin brachte für Köln einen Wochenlohn von 360 Millionen.) In diesen Zahlen dürfte sich doch ohne weiteres der unhaltbare Zustand der zentralen Lohnregelungen wenigstens für die besetzten Gebiete ausdrücken. Es ist schon so, daß die hier herrschenden Zustände von fernern Perspektiven nicht genau beurteilt werden können.

Meines Erachtens heißt es, den Gewerkschaftsgedanken überspannen und die Solidarität auf eine harte Probe gestellt, wenn man uns weiter einimpfen will, nur zentrale Verhandlungen dienen uns zum Vorteil. Gleichfalls dürften die Stimmen verklingen, die glauben, das besetzte Gebiet wäre nicht teurer als das unbesetzte. Denn wegen unserer schönen Augen zählt man uns keine Milliardenlöhne. Auch stehen beiseite die Buchdrucker hier nicht an der Spitze. Wir sehen, daß mit der Prozentsätzen Befähigungszulage auch keine annähernde Befriedigung ausgelöst werden kann. Auf der andern Seite sind die Prinzipale nicht gewillt, den Verhältnissen in etwas Rechnung zu tragen, weil sie angeblüh — nicht können. Andre Stellen müssen angerufen werden. Die Armut unserer Prinzipale besteht darin, daß sie auf Kosten von billigen Arbeitskräften ihre Substanz vermehren trotz alledem.

Es ist verständlich, daß die Kollegen, denen die zentralen Lohnverhandlungen Genüge leisten, mit ganzer Seele daran festhalten. Andererseits muß aber den Stimmen, die die besondern Verhältnisse berücksichtigt wissen wollen und sich unzweifelhaft mehr, Rechnung getragen werden. Wird diese zentrale Lohnpolitik fortgesetzt, muß sie zwangsläufig zum Gewerkschaftsdisparatismus führen. Die Kosten werden der Verband und Teile der Kollegenschaft zu tragen haben.

Ich kann mir vorstellen, daß Provinzialstädte, wo die Prinzipale störrig sind und den Kollegen das Lebensnotwendige verweigern, mit materieller Unterstützung der eventuell besser bezahlten Kollegen im übrigen Reich doch eines andern befehrt werden können.

Gefehrt sind wir gegen die Annahme, daß bei örtlicher oder gaulweiser Lohnregelung alles in Butter ist, weil wir wissen, daß bei diesen anarchischen Verhältnissen es keiner Arbeiterschaft recht gemacht werden kann.

Die Einflüsse unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht spurlos an den Gewerkschaften vorbeigegangen. Sie ganz zu zerbrechen, war und ist der Gedanke der Kapitalisten. Das zu verhindern, ist der eiserne Wille der Kollegenschaft für unsern Verband. Eine den Verhältnissen einigermaßen Rechnung tragende Lohnpolitik kann nur den Geist stärken. Der überlieferete Solidaritätsgeist wird, wenn es gilt, große Opfer bringen, bringen müssen. Rührer, die in jeder Gewerkschaft angetroffen werden, ändern nichts daran. Jedoch darf der Bogen nicht überspannt werden. Alles hat seine Grenzen.

Köln.

der.

Graphischer Bund

An die graphische Arbeiterschaft und die Betriebsräte!

Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands hat auch eine wachsende Bedrängnis der Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaften heraufbeschworen. Diese Bedrängnis führt gerade in dem Augenblick, da die schlimmsten Gegner der Arbeiterschaft zum verstärkten Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft aufrufen, zu einer Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Macht und zu einem Abbau der gewerkschaftlichen Einrichtungen und Kampfmittel. Für die Öffentlichkeit tritt diese gegenrevolutionäre Entwicklung durch den Rückgang der Arbeiter- und der Gewerkschafts- presse besonders augenfällig in die Erscheinung.

Es ist in der graphischen Bundeszeitung wiederholt auf die arbeitereindlichen Absichten des Unternehmertums hingewiesen worden, um auf die Gefahren beiweilen aufmerksam zu machen. Selbst der wirtschaftliche Niedergang mußte den Arbeiterfeinden die Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung liefern. Tatsächlich hat die Geldentwertung Normen angenommen, die jede realistische Voraussetzung nahezu unmöglich machen. Den Gewerkschaften sind damit die Räume mittel entwertet und teilweise entzogen worden. Diese Entwicklung hat zu gewaltigen Einschränkungen der gesamten Arbeiterpresse geführt.

Die Vorstände der graphischen Gewerkschaften gelangten unter dem Druck dieser Verhältnisse am 3. Oktober zu dem Beschluß, das Erscheinen der graphischen Bundes- und Betriebsratszeitung einzustellen, um so die vorhandenen Mittel den Aufgaben zuwenden zu können, die sie zur Erhaltung der Organisationen für unbedingt notwendig halten. Mit der Septemhernummer ist somit die letzte Nummer des „Graphischen Bundes“ herausgekommen, der zum ersten Male im Mai 1921 erschien. Schon diese letzte Nummer zeigte deutliche Krisenzeichen und konnte nur noch vierseitig erscheinen. Das gemeinsame Organ, das den Funktionären und Betriebsräten in dem Streben nach Fortschritt und Wissen ein Führer und Weggenosse war, hat zu bestehen aufgehört. Ob es wieder aufleben wird, steht dahin. Es steht auch dahin, welche neuen Einrichtungen später an die Stelle der jetzt aufgegebenen treten werden.

Kollegen! Nicht wehleidig beklagen wollen wir diese rückläufige Entwicklung, nicht die Hoffnungen aufgeben, die sich an diese Einrichtungen knüpften, sondern einig und geschlossen zusammenstehen in der Verteidigung unserer Organisationen. Das Blatt wendet sich einmal wieder, es kommen so sicher wieder Zeiten der machtvollen Aufwärtsentwicklung für die deutsche Arbeiterschaft, wie auf den Winter der Frühling folgt. Dann gilt es wieder aufzubauen und Einrichtungen zu schaffen, die fester begründet und erfolgversprechender sein müssen wie die heute aufgegebenen. Die graphische Arbeiterschaft weiß, was sie will, sie läßt sich auch durch vorübergehende Rückschläge nicht bezirren. Der Graphische Bund wird auch weiterhin bestrebt sein, die ihm obliegenden Pflichten zu erfüllen zum Wohle der graphischen Verbände. Vorwärts trotz alledem! Es lebe der Zusammenschlußgedanke!

Berlin, den 8. Oktober 1923.

Friedrich Prißnow.

Nöte und Sorgen im Kleinen wie im großen!

Die vorausgehenden Artikel in dieser Nummer sind ein Niederschlag der sorgenbedrückten und von Fragen überladenen Situation. Die Gegenstände dieser Nöte und Sorgen gehen zwar vom großen Ausmaße zu kleinerem Gewichte über, sie zeugen jedoch deutlich von der Notlage des Buchdrucker Volkes. Darüber hinaus aber hat das arbeitende deutsche Volk gerade in der nun ablaufenden Woche erfahren müssen, daß sein Hauptfeind im eignen Lande steht. Die großen Profitmacher, die auch in erster Linie dem Dollar zu dem Wahnsinnsrekord von Steigerungen um Milliarden an einem Tage in dieser Woche verholfen haben, und die als Krisenmacher Deutschlands Unglück noch erheblich vergrößerten, versuchten obenrein mit Hilfe der französischen Militärmacht den Achttundentag in Deutschland zu beseitigen und andre Verschlechterungen für die Arbeiterschaft sowie für das deutsche Volk im allgemeinen herbeizuführen. Ob diesem Landesverrat mit dem Ermächtigungsgesetz begegnet werden kann, ist noch zweifelhaft; schonungslose Diktatur eger die deutschen Wirtschaftsdiktatoren wäre jedenfalls ein gut Stück von Deutschlands Rettung. Gegen die Sinnlosigkeit im großen wie im Kleinen hat unbedingt die deutsche Arbeiterschaft ihre ganze Kraft und Ausdauer und den größten Opfermut einzusetzen.

Die Organisationen der Arbeiterschaft mit ihren Einrichtungen bedürfen daher jetzt der Einstellung auf Stärkung und Widerstand im weitesten Maße. Der alarmierende Artikel des Verbandskassierers in Nr. 89 des „Korr.“ und die in den Nummern 90 und 91 veröffentlichten Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes über Neuregelung des Beitrages und der Beitragsleistung haben hitzig den ganzen Ernst der Lage beleuchtet, in der sich die Organisationen der Arbeiterschaft und alle Einrichtungen, die sie in jahrzehntelangem Ringen aufgebaut haben, befinden. Die Dinge haben sich nach der katastrophal fortschreitenden Geldentwertung der letzten Wochen derart zugespitzt, daß die Finanzlage des Verbandes unhaltbar zu werden drohte, wenn nicht sofort einschneidende Maßnahmen ergriffen worden wären. Zahlreiche Zuschriften und Vorschläge aus Funktionär- und Mitgliederkreisen an uns wie an den Verbandsvorstand haben den Beweis erbracht, daß auch draußen der Gedanke lebt, alle Hände willig in Dienst zu stellen, wenn das Verbandsschiff schwer gegen Sturm und Wellen kämpft. Schon seit längerem wußte jeder Einsichtige, daß die Einrichtung der Kurzarbeiterunterstützung dem Ansturm der gewerblichen Krise nicht mehr lange standhalten würde. Bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit wurde sie durchgehalten; die täglich sich verstärkende Belastung machte sie aber dann untragbar.

Die Aufhebung dieses Unterstützungszweiges, der nur für eine Übergangszeit gedacht und auf dem Verwaltungswege eingeführt war, eine durchgreifende Neuregelung des Beitragswesens und die Einleitung einer Hilfsaktion für den „Korr.“ — das ist der Inhalt von Wünschen und Forderungen, die in verschiedener Form jetzt an die Verbandsinstanzen herangetragen und in Artikeln behandelt ... werden. Dabei werden manchmal drastische Vorschläge gewählt. Ein Kölner Kollege tritt z. B. herbehaft für das Verbandorgan in die Schranken, nennt das

Lesen zu zweien oder zu dritt eine Verlesung des Verbandslebens und meint, der Bezugspreis betrage ja auch nach der Abonnementsneuregelung für einen ganzen Monat nicht mehr, als ein Brötchen in Köln kostet. Ein Berliner Kollege möchte in einem Artikel auseinandersetzen, daß das, was das große Berlin in der Schnelligkeit in der Beitragsleistung kann, anderswo doch erst recht gehen könnte. Da aber bezüglich der Beitragsreform wie auch über die Notwendigkeit, dem „Korr.“ im Übergangsstadium beizupringen, bereits Artikel erschienen sind, müssen wir in Rücksicht auf die Raumnot und das Erfordernis der Behandlung noch dringenderer Fragen der Gegenwart von der Aufnahme solcher Artikel für und wider leider Abstand nehmen.

Einige aufklärende Worte zu der nun erfolgten Neuregelung des Beitrages scheinen uns aber noch notwendig: Schon als die Beitragsregelung noch monatlich bei bereits vierzehntäglicher Lohnveränderung stattfand, erreichte der Beitrag in Wirklichkeit niemals die Höhe eines Stundenlohnes. Dazu kommt, daß die Beiträge in zwei Gauen (Berlin und Hamburg) im voraus eingezogen werden, während sie in allen andern Gauen nachträglich entrichtet wurden. Solange die Beiträge stabil blieben, ergaben sich aus dieser verschiedenen Erhebungsweise keine Anstände. Bei der sich von Woche zu Woche verändernden Beitragshöhe und bei den Millionen, die heute erhoben werden müssen, stellten sich aber Unterschiede ein, die nicht bestehen bleiben konnten, und die die Finanzverhältnisse der Organisation in denkbar ungünstigster Weise beeinflussen mußten, weil das Doppelsystem verhinderte, die Verbandsbeiträge dem wirklichen Tariflohn anzugleichen. Das hat auch oftmals zu Einwendungen der übrigen graphischen Verbandsvorstände geführt, die darauf verwiesen, daß ihre weiblichen Mitglieder höhere Beiträge abführten als die vollarbeitenden Mitglieder unsrer Organisation.

Nach der nachfolgenden Tabelle ergibt sich, wie sich die Verschiedenheit der Erhebung der Beiträge in den Gauen Berlin und Hamburg im Vergleich zu den andern Gauen ausgewirkt hat.

Es sahsten an Beitrag:

Bei einem Wochenlohn von Millionen Mark	am	Stundenverdienst in Orten mit 17 1/2 Proz. Ortszuschlag M.	Berlin und Hamburg M.	Abrige Gaus M.
41 616 bis 52 020	31. August	1 019 000	1 000 000	700 000
45 600 bis 57 000	7. September	1 116 000	1 000 000	1 000 000
58 000 bis 110 000	14. September	2 154 000	2 000 000	1 000 000
240 000 bis 300 000	21. September	5 875 000	5 500 000	2 000 000
680 000 bis 850 000	28. September	16 646 000	16 000 000	5 500 000
1 200 000 bis 1 500 000	9. Oktober	29 375 000	32 000 000	16 000 000

Das waren Unterschiede, die sich ständig vergrößern mußten und nicht länger mehr aufrechterhalten werden konnten.

Die Abticht, im ganzen Verbandsgebiet die Vorauszahlung des Beitrages einzuführen, scheiterte an unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten. Auch die vorläufig dauernde Erhebung eines doppelten Stundenlohnes der Vorwoche, wie von mehreren Gauen und Mitgliedschaften gewünscht wurde, war aus andern hier nicht näher zu erörternden Gründen unmöglich. Durch den Ausweg, den der Verbandsvorstand beschritten hat, ist nun der Beitrag für alle Mitglieder für die Verdienstwoche auf die gleiche Höhe festgesetzt und damit auch die unabwiesbare Forderung der Entrichtung eines wirklich dem Stundenlohn entsprechenden Beitrages erfüllt.

Auch dem „Korr.“ wird mit einer besonderen Stützungsaktion Hilfe gebracht werden müssen. Die über die Lage des „Korr.“ schon veröffentlichten Zahlen sprechen wohl schon deutlich genug. Da die Leser des „Korr.“ hier etwas gutzumachen haben, weil sie die ganze Zeit her einen unverhältnismäßig niedrigen Bezugspreis entrichteten, so wird das Verständnis hierfür allgemein sein. Der Arbeiterschaft und den Buchdruckern nicht zuletzt liegt es jetzt ob, die Waffe ihrer Presse scharf und stark zu halten. Der „Korr.“ hat mit seiner Auflage ja schon wieder Schritte aufwärts zu verzeichnen; es werden jetzt 38 000 Exemplare gedruckt. Die Angabe in Nr. 90 mit 30 000 bezog sich nur auf die Postauflage; Leipzig und das Ausland fehlten dabei. Leider ist das Organ „Der Graphische Bund“ nicht mehr zu halten gewesen. Möge im Sinne des Aufrufes des Bundessekretärs Pritschow in dieser Nummer der Graphische Bund selbst aber sich behaupten und der graphischen Arbeiterschaft nutzbringend sein!

Unserm Verbandsvorstand, der in dieser kritischsten Periode der Arbeiterbewegung das Verbandsführer an allen Klippen vorbeisteuern soll, muß das Vertrauen und die Hilfe aller zur Seite stehen, denen gewerkschaftlicher Geist und Treue zur Organisation über Parteilanschaungen und Widerstreit der Meinungen geht. Wenn je die gewerkschaftliche Einheitsfront notwendig war, so jetzt, wo alle reaktionären Kräfte sich zum vereinten Ansturm gegen die Arbeiterkraft sammeln. Darum alle Mann an Bord und von jedem zugepaßt, damit zunächst die betonten drei Hauptpunkte und andre Notwendigkeiten für die Organisation schnell und befriedigend geregelt werden können. Dann wird unser Verbandsführer die turmhoch gehenden Wogen dennoch durchschneiden und,

von echtem Verbandsgeist der gesamten Mannschaft getragen wie von dem stählernen Willen zur Abwehr jedweder Anschläge jeglicher Reaktion erfüllt, auch Herr werden über die mit grimmaem Unverstand sich überstürzenden Wellen der Reaktion in jeder Gestalt!

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 3. September.) Kollege Albrecht erstattete den Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission. In eingehender Weise beschäftigte sich der Redner mit der Lage im Gewerbe, dem Streit über die Berechnung des Index und dem Schiedspruch des Zentralschiedsrichtungsamtes (s. „Korr.“ Nr. 81). Der Referent würdigte die Gesamtsituation und kam zu dem Ergebnis, den Schiedspruch unter den gegebenen Verhältnissen zur Annahme zu empfehlen. Die Diskussion war eine äußerst rege und verließ zum Teil sehr scharf. Nur zwei Redner stellten sich auf den Boden der vom Referenten eingenommenen Haltung, während alle übrigen Redner den Schiedspruch ablehnten. Der Kampf um den Indexlohn müsse mit aller Kraft durchgeführt werden; der Spruch bedeute keine Steigerung, sondern einen direkten Abbau des Lohnes angesichts der rasenden Preissteigerung. Zwei dementsprechend gehaltene Resolutionen, wovon eine derselben das Mittel des Streiks ins Auge faßte, wurden jedoch abgelehnt und der Schiedspruch angesichts der trostlosen Lage im Gewerbe einfach zur Kenntnis genommen, nachdem Kollege Albrecht in seinem Schlusswort noch einmal zur Lage Stellung nahm und den gegensätzlichen Ausführungen gegenübertrat. Nach Erledigung einiger Anträge der Arbeitslosen wurde über eine Resolution abgestimmt, die gegen die vom Verbandsvorstand beabsichtigte Verschiebung des Verbandstages Stellung nimmt. Die Resolution wurde angenommen.

Berlin. (Korrektoren.) Um schon rechtzeitig zu dem im Januar ablaufenden Tarifvertrag Stellung zu nehmen, fand am 19. August eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Grams berichtete in ausführlicher Weise über die von der Zentralkommission gefassten Beschlüsse und die hierzu erforderlichen Anträge. Die Versammlung gab zu diesen Anträgen ihr Einverständnis durch nachgehende Entschliebung kund. Die am 19. August versammelten Berliner Korrektoren schließen sich den Anträgen der Zentralkommission vollinhaltlich an. Sie vertreten nicht die allgemeinen Schwierigkeiten, die dem Abschluß eines zentralen Tarifes entgegenstehen; hoffen indes, daß es den Gehilfenunterhändlern gelingen wird, auch den Korrektoren zu ihren gerechten Ansprüchen zu verhelfen. Sie haben das Vertrauen zu den Gehilfenunterhändlern, daß sie der Schwierigkeiten Herr werden, und haben geschlossen hinter ihnen. Kollege Reich gab dann einige dringliche Mitteilungen. Von einigen Kollegen wurde ein Situationsbericht in der Angelegenheit des Konflikts bei der Firma Scherl gegeben. Das gute Ergebnis einer Sammlung für die in der Versammlung anwesenden kämpfenden Kollegen gab Zeugnis von dem Mitgefühl. Die Beitragszahlung für den Verein ist ab 1. September so geregelt worden, daß immer fünf Prozent vom ersten Verbandsbeitrag des Monats zugrunde gelegt werden, die dann als wöchentlicher Beitrag für den ganzen laufenden Monat zu gelten haben.

Stuttgart. (Drucker.) Unser Verein litt in den letzten Monaten stark unter Arbeitslosigkeit und besonders Kurzarbeit, die naturgemäß das Interesse der Kollegen am Vereinsleben stark beeinträchtigte. Immerhin konnten zwei wohlselungene Kurse unter guter Beteiligung durchgeführt werden. Der eine diente zur Erkerung der Bedienung des Heidelberger Druckautomaten und wurde ermöglicht durch das dankenswerte Entgegenkommen der Erbauerfirma Schnellpressenfabrik Heidelberg und ihres Stuttgarter Vertreters Herrn S. Lorenz sowie der hiesigen Firmen Stäble & Friedel und Walthersche Buchdruckerei. Der zweite Kursus unter Leitung der Kollegen G. Göll biente der Zurichtung einfacher Formen auf der Schnellpresse und soll noch verschiedene Fortschungen erfahren. — In einer Versammlung zeigte Kollege G. G. G. (Freudenstadt) eine Anzahl wohlselungener amerikanischer Mehrfarbendrucke in Kleinformaten. Eine Reihe vorgelegener Vorträge wurde infolge der Ungunst der Zeit teils verschoben, teils ganz unmöglich. — Eine erfreuliche Abwechslung war der Besuch des Karlsruher Brudervereins am 16. Juli. — Auch eine hochinteressante und allgemein befriedigende Besichtigung war uns am 11. und 18. August geboten. Die Waldorf-Mtoria-Zigarettenfabrik gab uns auf Ansuchen Gelegenheit, ihren großen, modern eingerichteten Betrieb vollständig zu besichtigen. Besonderes Interesse erweckten die Zigarettenmaschinen mit Zweifarbendruckwerk, in die wie ein Märchen oben der Tabak eingeschüttet wird und unten kommt die vollständig fertige Zigarette heraus. Das Entgegenkommen der Firma fand allseitig Dank und Anerkennung.

Allgemeine Rundschau

Konflikt. Die Personale der Druckereien in Wiesbaden und Biebrich wurden bei ihren Prinzipalen vorläufig wegen einer Wirtschaftsbeihilfe von einer Million. In sämtlichen Betrieben wurde diese Summe gefordert und eine gemeinsame Verhandlung darüber mit der Prinzipalität nachgesucht. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen sollte passive Resistenz geübt werden. Unter Berufung auf

den Tarif lehnten jedoch die Prinzipale Verhandlungen ab. Die Periode befindet sich infolgedessen im Ausstand.

Das Ende der Zentralinvalidentasse i. V. Die Zentralinvalidentasse in Liquidation für die Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker wird, wie aus der Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer des „Korr.“ hervorgeht, mit Schluss dieses Jahres aufgehört haben zu existieren, da die Mittel der Kasse völlig aufgebraucht sind. Der Verband wird aber sicherlich den Weg zu finden wissen, daß den noch vorhandenen wenigen Mitgliedern, die es bedürftig sind, eine Unterstützung auch nach beendeter Liquidation der Kasse weitergezahlt werden kann.

Kollegiale Hilfsbereitschaft. Bei einer in Prag abgehaltenen Unterhaltung des Klubs deutscher Buchdrucker anlässlich eines Besuchs des Preßburger Männergesangsvereins „Typographenbund“ wurden 500 Kronen gesammelt, weitere 100 Kronen spendete der Klub selbst, das „Prager Tageblatt“ rundete diese Sammlung auf 1000 Kr. auf und überlieferte diese unserm Verbandsvorstand mit der Bestimmung, den Betrag für die Kinder arbeitsloser Verbandsmitglieder zu verwenden. Die Summe wurde auf die einzelnen Gaue entsprechend ihrer Mitgliederzahl verteilt mit dem Ersuchen, die Gelder im Sinne der Spender zu verwenden. Den Spendern sei auch an dieser Stelle für ihre Bekundung kollegialen Gemeinnsinns herzlich gedankt.

Verlängerte Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung für die Buchdrucker. Auf die bereits unterm 14. November v. J. auf Veranlassung unseres Verbandsvorstandes vom Reichsarbeitsminister verfaßte Verlängerung der dreizehnwöchigen Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung für die Buchdrucker wird in Nr. 19 des „Reichsarbeitsblattes“ vom Reichsarbeitsminister nochmals ausdrücklich hingewiesen. Neben andern Berufsgruppen erstreckt sich die Verlängerung auch auf die Buchbinder und Angehörigen berufsverwandter Gewerbe. „Bei den Erwerbslosen dieser Berufe“ — so heißt es in der neueren Verordnung vom 24. September — „wird auch dann, wenn sie keine Familienangehörige zu ernähren haben, jeweils zu prüfen sein, ob die Fürsorge für sie auf Grund des § 9 a Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge über 20 Wochen hinaus zu verlängern ist. Dabei soll jedoch eine Höchstdauer von 39 Wochen grundsätzlich nicht überschritten werden.“

Faktorenbund und IFA. In der letzten Versammlung des Berliner Faktorenvereins teilte der Vorsitzende mit, die Abstimmung über den Anschluß des Faktorenbundes an die IFA sei zwar schon beendet und eine Auszählung erfolgt, es sei aber wünschenswert, daß noch mehr Stimmzettel eingingen, weshalb die Frist zur Abgabe noch bis zum 15. d. M. verlängert wurde. Aus der „Graphischen Welt“ erfährt man, daß an der Nachabstimmung jeder teilnehmen kann, der behauptet, er hätte noch keinen Zettel bekommen. Aus Köln erfahren wir weiter, daß vom dortigen Kreisvorstand des Faktorenbundes gegen die Abstimmung im ganzen Protest eingelegt wurde, weil sie nicht dem Beschluß der Bundeshauptversammlung entsprechend vorgenommen sei. Auch sei das ganze Abstimmungsverfahren fast außerhalb jeder Kontrolle gewesen. Da scheint also irgend etwas nicht zu stimmen.

Zwei Prinzipalführer. In Berlin hat am 2. Oktober der Geheime Kommerzienrat Georg W. Buzenstein sein fünfzigjähriges Buchdruckerjubiläum begangen, und in Leipzig gab am 12. Oktober der siebzigste Geburtstag des Herrn Otto S. Sauerlich der Prinzipalität Gelegenheit, auch diesen hervorragenden Fachgenossen zu feiern. Die „Zeitschrift“ kam zu diesem Behufe mit einer Sondernummer heraus, betitelt: „Das deutsche Druckgewerbe“. Die großen Druckhäuser W. Buzenstein und Oscar Brandstetter in ihrer Vereinigung fast aller graphischen Zweige sind genügend Verkünder der außerordentlichen Berufung dieser beiden Männer zu unserm Gewerbe. Grundverschieden in ihrem Wesen, haben sie diesem auch auf sozialem Gebiete, in der Tarifgemeinschaft, gute Dienste geleistet. Buzenstein auf Prinzipalsseite und Dobbin-Giesecke auf Gehilfenseite mit Paul Schliebs als trefflichem Mittler bezeichnen eine Epoche gesunden gewerblichen Aufbaus. Säuberlich ist mehr ein äusserst tüchtiger Förderer der technischen Hebung des Buchdruckgewerbes und ein im stillen emsig wirkender Organisator gewesen, der in allem eine erspauende Arbeitstracht an den Tag legte. Bourgeoislosigkeit ist beiden in weitem Maße zu eigen. Wie auch in der Vertretung der beiderseitigen Interessen der Unternehmer- und der Gehilfenstandpunkt zusammengeprallt sind, und wenn auch Buzenstein von seinem früher erworbenen Verdienste so manchen Abstrich selbst vornahm, es muß bei dieser Gelegenheit dennoch anerkannt werden, daß diese beiden auch in ihrem Alter sehr reifen Prinzipale noch Köpfe mit selbständigem Denken und Willen waren.

Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe. Die Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurde mit Wirkung vom 11. Oktober an auf 19 500 000 erhöht.

Erhöhung der Buchhändler-Schlüsselzahl. Mit Wirkung vom 11. Oktober an ist die Schlüsselzahl für den Buchhandel auf 200 Millionen und vom 12. Oktober an auf 800 Millionen erhöht worden.

Neue Lohnsätze für das Buchbindergewerbe. Nach dem am 8. Oktober abgeschlossenen neuen Abkommen wurde der Reichslohntarif für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufsweige für die Zeit vom 1. bis 10. Oktober um 67 Proz. erhöht. Daraus betragen die Spätkundenlöhne für die Erstklasse I 50 Millionen und für die Zweitklasse II 18 Millionen.

Betriebs Einstellung. Zeitungs-meldungen zufolge hat die Cröllwitzer Maschinenfabrik bei Halle a. S. anlässlich wegen Mangels an Aufträgen ihren Betrieb geschlossen.

Kampf um den Achtstundentag. Wie aus einem Aufruf des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hervorgeht, haben die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Gesetz und Tarifvertrag vom 9. Oktober an im Ruhrbergbau die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Sie haben ferner zum Ausdruck gebracht, daß dem Ruhrgebiet das übrige Deutschland mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll. Das bedeutet die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit unter Tage und die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit über Tage. Die Bergarbeiterverbände fordern demgemäß ihre Mitglieder auf, sich einem versuchten Zwang zu längerer Schichtzeit nicht zu fügen. Gesetz und Tarifvertrag seien noch in Geltung. Der Reichsarbeitsminister war bemüht, einen offenen Konflikt im Bergbau zu vermeiden. Es wurde deshalb von ihm vorgeschlagen, die Frage gelegentlich der Lohnverhandlungen am 10. Oktober zwischen den Tarifparteien zu erörtern. Bis dahin sollte von einer einseitigen Änderung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abgesehen werden. Nachdem die verhältnismäßig wenigen Großindustriellen und Kruppenmacher, an deren Spitze die Stinnes, Thyssen, Klopfer, Wolff und Konsorten stehen, durch die Aushöhlung unserer Währung die gesamte Arbeiterbewegung aufs schwerste geschädigt haben, gehen sie nunmehr zum offenen Kampfe gegen die wertvollste Errungenschaft der Revolution, den Achtstundentag, über. Nur durch festen Zusammenschluß in ihren Organisationen vermögen die Arbeiter und Angestellten dem Ansturm der Industriearbeiter zu begegnen. Kein Opfer darf gescheut werden, um die proletarischen Kampfmittel — Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterparteien — zu sichern und auszubauen, damit die Arbeiterklasse in dem ihr aufgezungenen weltgeschichtlichen Ringen um den Achtstundentag siegreich bleibt. Neueren Nachrichten zufolge wurde übrigens auf den Begehren des Ruhrbergbaues durch Anschlag bekannt gemacht, daß die bisherige Arbeitszeit vorläufig bestehen bleibt. Auch die staatlichen Gruben wurden angewiesen, die alte Arbeitszeit beizubehalten. Der energische Widerstand der Gewerkschaften ist also nicht wirkungslos gewesen.

Unter bayerischer Diktatur. Während die Führer der Schwerindustrie im Ruhrgebiet einen frivolen Ausfall gegen den Achtstundentag unternahmen zu einer Zeit, wo Millionen von Arbeitern und Angestellten entweder beschäftigungslos auf dem Straßenpflaster liegen oder als Kurzarbeiter nur tageweise beschäftigt sind, obwohl sie sehr gern sechs Tage arbeiten würden, geht der bayerische Diktator Kahr wie ein Stier aus Ganze los. Sein skandalöses Streikverbot gegenüber den Gewerkschaften ist der schlimmste Streich, der seit der Zeit des Sozialistenkrieges gegen die Arbeiterklasse verübt worden ist. Die Wirkungen dieses Streikverbots hat sich der Verband bayerischer Metallindustriellen bereits zunutze gemacht, indem er, unbekümmert um einen etwaigen Schiedsspruch, die Löhne für die laufende Woche diktatorisch nur um 25 Proz. erhöhen will, obwohl der Dreißtädter Index um rund 50 Proz., der Dollar aber über 300 Proz. gestiegen ist! Der Herr Generalstaatskommissar Kahr pfeift darauf, daß das alte Koalitionsrecht selbst für die Dauer eines Ausnahmezustandes durch die Reichsverfassung garantiert wird. Unter dem törichtem Schlagwort „Kampf gegen den Marxismus“ glaubt er die moderne Arbeiterbewegung, deren Kerntruppe die Gewerkschaften bilden, mit Gewalt unterdrücken zu können. Abwehrorganisationen der bayerischen Arbeiterklasse, die nach jahrelangen unerhörten Herausforderungen durch Gewalttätigkeiten jeder Art mit dem Rechte der Notwehr gegründet wurden, werden einfach aufgelöst, wogegen die Verbände derer, die planmäßig den Bürgerkrieg heraufbeschwören und die Reichsverfassung offensichtlich bedrohen, bestehen bleiben. Genau so liegen die Dinge mit der Unterdrückung kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften, während die nationalsozialistischen Quertreiber ihre Propaganda und ihre Heke gegen die Arbeiterklasse und gegen die Republik ungehindert fortsetzen dürfen. Es bleibt ein wahrer Jammer, daß der Räterummel von 1919 und die fortwauernde Zersplitterung der Arbeiterklasse aus politischen Beweggründen dem bayerischen Diktator und seinen großindustriellen Sturmgewellen den Kampf ungemein erleichtern. Gewiß bezeichnend ist es auch, daß erst unter den Auswirkungen dieses Kampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung sich Anfänge zu einer Verständigungsbereitschaft zwischen Sozialisten und Kommunisten über lebenswichtige Arbeiterforderungen in einigen Bundesstaaten zu zeigen beginnen. Solange aber nicht im ganzen Reiche unter tatkräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften zwischen ihnen und den beiden politischen Arbeiterparteien eine Verständigung wenigstens über ein wirtschaftliches Mindestprogramm erzielt sein wird, bleibt die deutsche Arbeiterklasse den kapitalistischen Machthabern ausgeliefert. Das ist die Nebenwendung, die unserer Meinung nach aus den Vorgängen in Bayern gezogen werden sollte.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen. Mit dem am 31. Oktober d. J. bevorstehenden Ablauf der Demobilisierungsverordnungen beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge sowie die Bestimmungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten vom 23. November 1918 bis zum 31. März 1924 zu verlängern. Hinsichtlich der Bestimmungen über die Arbeitszeit stellt der Ausschuss eine Ergänzung für notwendig, nach der neben den bestehenden amtlichen Notmaßnahmen auch tarifliche Vereinbarungen von Überstundenarbeit zulässig sind. Die Verlängerung der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten wurde mit 17 gegen 12

Stimmen abgelehnt. Die Entscheidung über die Verordnung gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen wurde zurückgestellt, da sich die beiden Hauptauschüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Kürze mit ihr befassen sollen. Der Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerkräftiger wurde dem Demobilisierungsausschuss überwiesen. Trotz der formellen Verlängerung der Verordnung über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten klingt so etwas wie Vorbereitungen für einen Abbau der wichtigsten Demobilisierungsverordnungen aus einigen Beschlüssen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats heraus.

Die Prühe teurer als das Fleisch. Vor einiger Zeit hatte, wie uns geschrieben wird, eine Firma in Biebrich ihrem Personal einen Vorschub in der Gesamthöhe von 50 000 M. gewährt (es kamen zwölf Personen dafür in Betracht) mit dem Bemerkten, daß die Summe, wenn mehr Geld verdient würde, wieder zurückgezahlt werden müsse. Da sich in der Zwischenzeit das Geld wertlos entwertet hatte, daß die 50 000 M. Vorschub eigentlich nichts mehr bedeuteten, so glaubte das Personal, daß die Firma auf die Rückzahlung verzichten würde. Aber man hatte die Rechnung ohne die Geschäftsleitung gemacht, denn dieser Tage verlangte sie den Vorschub (es waren insgesamt nur noch 490 000 M., da einige im Personal weniger erhalten hatten) prompt wieder zurück. Ein Mann sammelte nunmehr den schändlichen Mammon ein und brauchte dazu bzw. zum Berechnen 25 Minuten. Das kam einer Einbuße von über 8 Millionen Mark für veräumte Arbeitszeit gleich. Für die zurückgehaltene Summe aber kann sich der Prinzipal noch keinen halben Käse kaufen!

Neuregelung des Steuerabzuges. Die Verhältniszahl für die Zeit vom 8. bis 13. Oktober ist „acht“, d. h. die in der letzten Septemberhälfte geltenden Ermäßigungsätze (Grundzahlen) beim Steuerabzug vom Lohn sind mit dieser Zahl zu vervielfachen. (Siehe unsere Notiz in Nr. 90 unter „Rundschau.“) Unter Bezugnahme auf jene, dem „Vorwärts“ entnommene Notiz sei bei dieser Gelegenheit richtiggestellt, daß die darin angeführte Ermäßigung für die Woche vom 22. bis 28. September erst für die folgende (die erste Oktoberwoche) mit einem Lohne von 1500 Millionen in Frage kam. In der letzten Septemberwoche mit einem Lohn von 850 Millionen betrug die Ermäßigung wesentlich weniger. Unter dem Regime des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hilferding erfolgte die Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums und der Werbungskosten in vollständig unzureichender Weise. Beispielsweise muß ein Arbeiter mit zwei Kindern, der in einem Vororte von Leipzig oder Berlin wohnt und die Straßenbahn zu benutzen gezwungen ist, allein an Fahrgehd mehr aufwenden, als der ganze steuerfreie Lohnabzug ausmacht. Tatsächlich ist die Festsetzung der nunmehr gleichenden Ermäßigung auf einer viel zu niedrigen Anfangsstufe erfolgt, da schon die Verdoppelung am 15. September zu der kolossalen Entwertung absolut in gar keinem Verhältnis stand. Als unter dem bürgerlichen Reichsfinanzminister Hermes im Februar d. J. eine ähnliche Entwertung einsetzte, da blieb wenigstens im nächsten Monat die erste Woche steuerfrei. Ein gleiches hätte doch ein sozialdemokratischer Reichsfinanzminister für die Lohn- und Gehaltsempfänger mindestens auch fertig bringen müssen. Für die Steuerkommission des ADGB. bietet sich hier die beste Gelegenheit, durch die Forderung nach einer zeitgemäßen Heraushebung des steuerfreien Existenzminimums und der Werbungskosten praktische Arbeit zu leisten für die gesamte Arbeitnehmerchaft.

Briefkasten

J. W. in W.: Den Postabschnitt haben wir ja nicht erhalten, können also nicht wissen, ob die Adressierung falsch war. Das Geld gehört also dem Bildungsverband und ist nun von uns weitergegeben worden. Die andere Frage der Gebührenscheidung kann wohl mit Ja beantwortet werden; wenigstens, soweit der „Korr.“ in Betracht kommt. — **P. G. in B.:** Sollen auf diesem Wege mitteilen, daß Manuskript für Kalender eingegangen ist. — **S. K. in L.:** Wie bekannt gegeben worden ist, mußte die Sterbefolge aufgehoben werden. — **E. C. in W.:** Die wiederholten Hinweise, daß Arbeitsmarkt und kollektive Anzeigen nur in kompakter Form gebracht werden können, haben Sie wohl jedesmal übersehen. Wegen Mehrbetrag erfolgt zweimalige Aufnahme. — **P. K. in B. M.:** Warten Sie doch noch eine Nummer, vielleicht können wir Ihnen helfen. — **W. H. in G.:** Traf erst am 7. Oktober hier ein, also zu spät. — **R. A. in Fr.:** Haben gern vernommen, daß der Gau Oberhein ebenfalls das „Korr.“-Abgabetermin ausreicht hat. Komme übrigens dankend Kenntnis genommen. — **W. P. in Prag und N. K. in Winterberg:** Abonnementsgelder für „Korr.“ eingegangen. Es folgt noch Benachrichtigung, wie lange sie vorziehen. — **L. M. in L.:** Bedauern ebenfalls, daß von Rumänien und andern Ländern aus noch kein direktes Abonnement auf den „Korr.“ möglich ist. Das wäre für uns gerade in finanzieller Hinsicht eine große Erleichterung. Zulassung erfolgt weiter. — **S. W. in E.:** Da letzte Nummer wegen Erschließens um einen Tag früher schon am Sonnabend umbrochen werden mußte, traf Kolik für Veranlassungstabelle erst während des Druckes ein. — **W. P. in D.:** Könnte leider für diese Nummer noch nicht verarbeitet werden; obwohl acht Seiten, ist doch zuviel alter Bestand vorhanden. — **Fr. K. in C.:** Wir wollen sehen, ob das in einem Redaktionsartikel einmal mit erwahnt werden kann; spezielle Veröffentlichung auch trotz Kürze nicht möglich, da auf einem Gebiete so vieles drängt. — **M. S. in E.:** Sie widersprechen sich mit Ihrem Anfang und mit Ihrem Schluß doch zu sehr; auch hat die Sache noch Ihre zwei Seiten. In dieser Form also nicht verwendbar. — **P. E. in R.:** Sehen auch wir ein und erfüllen das nach aller Möglichkeit; bei der bestehenden Raumbeengung oft aber ein Existenzkampf. — **R. F. in S. und andere:** Nachdem in den Nummern 86, 87, 88 und 91 über die Einführung der Maschinenbücher genug gesagt worden ist, werden dennoch ohne belästigen Ihre gute Ansicht, der Kollegenschaft die Notwendigkeit des allgemeinen Haltens und Lesens des „Korr.“ vor Augen zu führen, gern an. Ihre Hinweise auf die Unternehmerrufen sind auch durchaus richtig, und die der Jugend erteilte Lektion über das oftmals fällige gewerkschaftliche Interesse ist berechtigt. Trotzdem bitten wir, sich mit dem abzufinden, was im letzten Redaktionsartikel dieser Nummer zum Ausdruck kommt. — **R. G. in R. S.:** Wollen Paul für Information. — **E. G. in S.:** Wo steht es uns leider nichts Mäheres bekannt geworden. — **Carl Herberich in W.:** Das gibt es nicht; bringen Sie uns etwas konkret. — **Wanderer Zeitung:** 250 000 M. für Inserat in Nr. 92. — **P. H. in Fr.:** Ihre Anzeige erscheint so oft, als der gesamte Betrag unter Veranlassung der ab 1. Oktober eintretenden Preisverhöhung aus-

reicht. — **S. G. in D.:** Ihre Anzeige erscheint dreimal. Warum senden Sie uns aber doppelt Geld? Kann doch hier nicht gebraucht werden. Jedoch erledigt durch gefandten Mehrbetrag. Von der Veröffentlichung einer Anzahl inhaltlich verarbeiteter Spartenberichte über Monatsversammlungen (Wreslau, Dülisdorf, Jamburg, München) muß wegen Raumnot Abstand genommen werden. **Wichtigste Lösung:** Die Frühlieferung der vorigen Nummer auf den Dienstag, den 9. Oktober, drängte den Eingang der Tabellen und Bekanntmachungen auf die letzte Minute zuplätzen. In der Eile der Herstellung ist weshalb in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über die Neufestlegung der Beiträge und der Unterstützungsätze der alte Passus über die Unterstützung der Kurzarbeiter stehen geblieben. Kant Bekanntmachung vom 3. Oktober in Nr. 90 ist diese aber vom 7. Oktober an aufgehoben. **Beitragsveröffentlichungen** für die Mitwochnummer möge man schon zum Sonnabend früh einfinden, da wegen der Bahnverhandlungen das Erscheinen häufig schon am Dienstag erfolgt, weshalb der Nummer daher bereits am Sonnabendmorgen. Der einfachere Weg ist, den Gau, Bezirks- oder Ortsbeitrag festsetzend auf einen bestimmten Prozentanteil des Verbandsbeitrags zu bemessen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiloplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (W. Schweinik)

Gau Bayern. Der Gaubeitrag beträgt ab 1. bis mit 27. Oktober 3 000 000 M. wöchentlich. Beiträge sind wöchentlich und portofrei einzuliefern.

Gau Dresden. Nach der Neufestlegung des Verbandsbeitrags durch den Verbandsvorstand ist unsere Beitragsbekanntgabe in Nr. 91 des „Korr.“ überholt. Der Beitrag ab 7. bis 13. Oktober beträgt: Mitgliedschaft Dresden: 105 000 000 M.; Passivanteile: 87 600 000 M. (einschließlich 2 000 000 M. Gauwittentafel). Schon Passivanteile und an die Gauverwaltung abgeführte Beiträge sind als Teilbeiträge zu verrechnen. Der Restbetrag ist nachzuerheben und sofort abzuliefern.

Gau Mecklenburg-Vorpommern. Der Gaubeitrag beträgt immer 5 Proz. des Verbandsbeitrags (einschließlich Ertragssteuer).

Der Arbeitsnachweis für helbe Mecklenburg wird jetzt vom Kollegen R. Tahnke, Schwerin i. M., Rostocker Straße 10, verwaltet.

Gau Mittelrhein. Achtung Bezirksleiter! In den von uns versandten Beitragslisten zur Liste des dritten Quartals sind folgende Verichtigungen vorzunehmen: In Abteilung 5 Spalte 2 muß es statt 29. Woche heißen: 29. und 30. Woche; in Spalte 4 statt 70 000: 700 000 M. Wir erlauben uns Vornahme der Korrektur.

Gau N. der Saale. Der Gaubeitrag beträgt für die Woche vom 7. bis 13. Oktober 5 Millionen Mark (10 Proz. des ordentlichen Verbandsbeitrags).

Dresden (Dresdner Buchdruckerverein.) Sehr wichtige Kassiererbesprechung am Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Senefelder“, Kauldammstraße 10. Auch die Vertrauensleute werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Mecklenburg-Vorpommern (Maschinenwerkervereinigung.) Der Beitrag für den Monat Oktober beträgt 5 Millionen Mark (2 Millionen Mark J. R. + 150 Proz. Gaubeitrag).

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat Juli 1923.
 Auf der Reise: 270 Mitglieder.
 Ortsunterstützung erhielten: 4559 Mitglieder.
 An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezahlt worden:

Beschäftigungsart:	In der Reiseunterstützung		In der Ortsunterstützung		Unterstützungssumme insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	171	3220	2877	41 704	44 024
Maschinensetzer	—	—	50	518	518
Drucker	88	1834	1412	17 325	19 159
Stereotypsetzer	7	146	86	1 079	1 225
Galvanoplastiker	2	20	39	576	576
Korrektoren	—	—	26	444	444
Faktoren	—	—	7	105	105
Schriftsetzer	2	16	52	490	506
Stempelschneider	—	—	4	35	35
	270	5236	4559	62 256	67 492

Arbeitslos verblieben am 31. Juli 1923: 3583 Mitglieder.
 An Unterstützungen wurden gezahlt:
 Reiseunterstützung: 20 278 080 Mark
 Ortsunterstützung: 239 330 610 Mark
 Insgesamt wurden im Monat Juli gezahlt:
 1923: 259 608 590 Mark für 67 492 Tage
 1922: 193 940 Mark für 31 541 Tage
 mehr 1923: 259 415 650 Mark für 35 951 Tage
 In der Aufstellung fehlt der Gau Mittelrhein, von dem es wegen der schwierigen Verhältnisse im besetzten Gebiete nicht möglich ist, rechtzeitig das Material herbeizubekommen.

Versammlungskalender

Mehrsleben. Versammlung am Sonnabend, dem 23. Oktober, abends 8 Uhr, im „Fleischhornhaus“, Zimmer 6.
Berlin. Druckerversammlung am Donnerstag, dem 18. Oktober, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Lhmstraße 2.
Annaberg-Buchholz. Versammlung am Sonnabend, dem 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Wöhl“, Annaberg, Or. Sommerfelde.

Zentralinvalidenkasse in Ligo.

für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker
 Da das Vermögen der Kasse völlig aufgebraucht ist, wird die Liquidationskommission in einer Sitzung am Sonnabend, dem 8. Dezember, mittags 1 Uhr, im Bureau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin, Chamsiloplatz 6, nach erfolgter Rechnungslegung die Beendigung der Liquidation verhandeln. Es bleibt den Mitgliedern der Kasse überlassen, zu dieser Sitzung zu erscheinen oder Vertreter zu entsenden. Die Kosten müssen von den Angehörigen bzw. ihren Auftraggebern selbst getragen werden.
 Die Liquidationskommission.

An unsere Inserenten! Da unser Anzeigenpreis jetzt noch unter den Selbstkosten liegt, werden für die zweite Oktoberhälfte, also von Nr. 93 an, für die sechsgespaltene Nonpareillezeile 100000 M. bei kollegialen und 500000 M. bei geschäftlichen Anzeigen berechnet. Dieser Insertionspreis hat aber sofortige Scheckeinzahlung (Leipzig 61328) zur Voraussetzung. Der Umfang einer Anzeige für den „Korr.“ kann fast in jedem Fall im Voraus bemessen werden. Arbeitsmarkt und sonstige kollegiale Anzeigen sind ganz kompromißlos zu halten. Im speziellen ersuchen wir die Spartenvereine, mit dem zum Teil noch bestehenden Brauch der späteren gemeinsamen Übersendung ihrer Insertionsbeträge mit dem Hauptvereine aufzuräumen, und inserierende Firmen, bei Arbeitsmarktanzeigen nicht noch Zusendung von Rechnungen zu erwarten. Die ungeheure Geldentwertung ist doch auch für den „Korr.“ vorhanden! Die das noch nicht beachtenden Absender von Vereins- und Firmenanzeigen zwingen uns bei Nichtbeachtung, für Anzeigen Vorauszahlung zu Geschäftsstelle des Korrespondenten fordern.

Langenscheidts Wörterbücher
mit Angabe der Aussprache nach dem System der Methode Toussaint-Langenscheidt zeichnen sich durch klare, augenscheinliche Schrift und übersichtliche Anordnung aus. Ihre Zuverlässigkeit ist sprachwörtlich. Die Bearbeiter der Werke zählen zu den hervorragendsten Sprachgelehrten.

Muret-Sanders Enzyklopädisches Wörterbuch der englischen und deutschen Sprache. Teil I: Englisch-Deutsch, Teil II: Deutsch-Englisch. Große Ausgabe 4 Bände, Handausgabe 2 Bände.

Menge-Güthling Griechisch-deutsches Schulwörterbuch mit besonderer Berücksichtigung der Etymologie. Teil I: Griechisch-Deutsch, Teil II: Deutsch-Griechisch. 2 Bände.

Langenscheidts Taschenwörterbücher
Zuverlässig und bequem für Reise, Voktrik und den Schulgebrauch. Erschienen für alle wichtigsten Vokabellisten und alle Sprachen.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung. [27]
Ausführliche Prospekte mit Preisangabe kostenlos
Langenscheidtsche Verlagsbuchhandl. (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg.

Dresdner Buchdruckerverein
Freitag, den 19. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, in den „Annenkassen“, Fischhofplatz [38]

Mitgliederversammlung
Tagesordnung: Beratung der Dresdener Anträge zur Tarifrevision. — Anträge sind bis 17. Oktober beim Gewerkschaftsvorstand einzureichen. — Unsere Gewerkschaften schicken ihre Anträge bis 27. Oktober direkt an den Verbandsvorstand. [38]
Der Vorstand.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 98. [15]

Vereinsversammlung
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Paul Lebl: „Der Weg des Proletariats“. 3. Mitteilungen. 4. Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Am Sonntag, dem 28. Oktober, in den Räumen des „Dresdener Kasinos“.

Stiftungsfest
Da der Überschuss für die arbeitslosen Kollegen bestimmt ist, muß für zahlreichsten Besuch gesorgt werden. Karten in der Versammlung und ab 13. Oktober im Verkehrslokal, Dresdener Straße 98.

Den Druckereikassieren zur Kenntnis, daß vorläufig keine Kontomarken ausgegeben werden, da voraussichtlich der Beitrag alle 14 Tage geändert wird. Bekanntmachung in der Versammlung und im „Korr.“. Beitrag vom 1. bis 13. Oktober 60000 M., vom 15. Oktober ab 2 Millionen M. pro Woche. Reste müssen nach dem jeweiligen Wochenbeitrag beglichen werden.
Der Vorstand.

Schriftsetzer
10 Jahre alt, perfekt im Werk- und Akzidenzsetz, mit Tegel vertraut, esperantofähig, sucht Stellung. [40]
Gest. Angebote an Ernst Ebert, Witzburg, Sophienstraße 3 III.

Typographseher
für U-Bahn Adressbuchfabrik in Doppelstich zum sofortigen Eintritt gesucht. [45]
E. Wichert, Chemnitz.

Buchdruckfachmann
Werkstättchener in einer Papierwarenfabrik gesucht, sucht gleiche oder ähnliche Vertretung.
Gest. Angebote unter Nr. 47 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Akzidenzsetzer
erklafter Arbeiter, auch Gold, Aktien, bessere Inserate, sucht Stellung, auch Ausland. Beste Zeugnisse. Gehe auch in Expedition oder als Abnehmer, Autobegleiter oder dergleichen. Alter 31 Jahre, ledig, gute Zeichnung.
Offerten unter Nr. 28 an die Geschäftsstelle, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Typographseher
ledig, 20 Jahre alt, mit allen Modellen vertraut, guter Maschinenebauer und -pfleger, der mit elektrischer Beheizung erfahren ist und leichte Reparaturen selbst ausführt, sucht sofort oder später Stellung.
Angeb. erbeten unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Gebr. Schellmattler
besond. I. Carr. Fraktur, kauf. gefucht. Angebote unter Nr. 43 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Die Entwicklung der Wortsprache ging wie die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Vulgärik, ein erster utopistischer Versuch, Esperanto (1887) ein großer Fortschritt.

I D O
(vollendet 1913), das einzig vollkommene, leichteste und praktisch brauchbarste System, stellt die endgültige wissenschaftliche Lösung dar.

KURSE
finden in allen größeren Orten statt, wofür Auskunft erteilen: Augsburg: Karl Huter, Agnes-Bemauer-Strasse 38 I; Berlin: Ewald König, Charlottenburg-Schlüterstrasse 12; Braunschweig: Karl Schmidt, Kleine Kreuzstrasse 11; Dessau: Fuhrmann, Stenochestrasse 33 I; Dresden: Artur, Schiffmann, Marschallstrasse 50 I; Göttingen: Kurt Schneider, Ziltauer Strasse 9; Hamburg: Giese, Von Esenstrasse 117; Hannover: Wichmann, Engelshofedamm 109; Heilbronn: Karl Geldner, Sichererstrasse 17; Kassel: Ewald Röhnlich, Lohsestrasse 2; Köln: Prieters, Am Römerturm 13; Köttem (Anhalt): Paul Bohne, Eduardstrasse 14; Leipzig: W. Fromm, Leipzig-Döllitz, Crostewitz-Strasse 7; Magdeburg: Willi Hoffmann, Gustav-Adolf-Strasse 38; Villigen: I. B. z. Adolf Feiss, Warenburgstrasse 21; Wien: P. Schuster, Wien XIII, Dreihausenstrasse 5-6.

Erfahrener Tiefdruckmaschinenmeister
für Vogenrotationspresse (System Johannisberg), mit Anlegeapparat, effiziente, energische Kraft mit langjähriger Praxis, absolut vertraut mit der gesamten Drucktechnik, zum sofortigen Eintritt gesucht. Auszeichnend, gut bezahlte Stellung. Offerten mit Zeugnissen erbeten. [22]
Druckerei und Verlagsanstalt „Biblioteka Polska“, Akt.-Ges., Syd 30333 (Polen), Jagiellońska 20.

Korrektor (Revisor)
Seher, 28 Jahre alt, aber zwei Jahre als solcher tätig, sucht, da wegen Arbeitsmangel jegliche Kondition aufgegeben werden muß, zu sofortiger Stellung. [38]
Gest. Angebote an Otto Klein, Schönberg (Mecklenb.), Sternstrasse 170.

Junger Schriftsetzer
perfekt in Stenographie, allen Buchführungsarten, Maschinensetzen, Kenntnisse im Englischen, als Berichterstatter schon tätig gewesen (Wiederberuf), guten Stil schreibend, sucht in einer linkslebenden Zeitung Stellung als Berichterstatter, Akquisitor oder auch im Beruf. Nur beste Zeugnisse. Gleichwohl.
Gest. Angebote unter Nr. 32 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Linotype! Akzidenz! Werk!
Meister
27 Jahre alt, ledig, Prüfung in Leipzig mit „Sehr gut“ bestanden, perfekt, langjähr. Maschinenseher, m. elektr. Zeitungverl., gute Kenntnis in Kalkulation, Buchführung, Französisch, Esperanto u. Stenographie, sucht gelegentlich Anstellung im Kontor, als Abteilungsleiter, Fraktor oder dergleichen.
Ausführliche Angebote unter Nr. 37 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Hannover! Leipzig! Gatz!

Ausland! Tüchtiger Seher Ausland!
38 Jahre alt, ledig, in allen Sprachen firm, mehrere Jahre als Metzger tätig, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, sich baldmöglichst nach dem Auslande zu verandern. Gest. Zuschriften an Reinb., Klemmer, Hamburg, Meißerkamp 4.

Tüchtiger Akzidenzsetzer
23 Jahre alt, ledig, an stilles und selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht für sofort oder später dauernde Stellung, möglichst mit Aussicht auf Arbeit auch im Kontor. In Zeugnisse stehen zur Verfügung.
Gest. Angebote unter Nr. 34 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Nach der Heimat! Typographseher
24 Jahre alt, ledig, achtjährige Praxis, in allen Sprachen quantitativ und qualitativ nur Gutes leistend, perfekt in Konstruktion und Montage, sucht sofort oder später angenehme Dauerstellung, am liebsten als Kleinrentner, jedoch nicht Bedingung. Gute Zeugnisse stelle zur Einsicht.
Gest. Angebote unter Nr. 23 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schleswig-Holstein! Hamburg od. Umg.!
Buchdrucker
10 Jahre alt, firm an Tegel und Schnellpresse mit UVB, auch Plattendruck, an stilles und sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. Ganz gleich wohin, auch Ausland.
Gest. Angebote erbeten an G. L. 404 postlagernd Torgau.

Ausland! Junger tüchtiger Schweizerdegen
21 Jahre alt, ledig, im Satz und Druck sauber, flink und selbständig arbeitend, sucht Stellung.
Gest. Angebote unter Nr. 30 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Käse im Preise herabgesetzt!
Tordern Sie Angebot.
A. Rembruster, Käsefabrik, Altrahnsfeld (Holstein).
Tel.-Adr. „Süßquelle“.

Ahlen und Pinzetten
Zurichtemeister u. Scheren sowie alle Werkz. f. Seher u. Drucker empfiehlt K. Tegel, Münschen. Katalog gegen Rückporto.

Junger strebsamer Typographseher
(Modell A. eventuell auch U-B) sucht in größerem Betriebe Stellung. Mittel- oder Ostdeutschland bevorzugt.
Gest. Offerten unter Nr. 17 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Monotypegießer
langjährige Praxis, gute Zeugnisse, absolut sich. Maschinensetzer, sucht sofort Stellung. Gest. Angebote an Karl Böhmer, Stuttgart, Böheimstraße 37a.

Typographische Kleinigkeiten
Ein Fortbildungsbüchlein f. vorwärtst. Schriftsetzer. Preis 10 Pf. mal Schöpfel, d. Buchh.-B. Karl Schöpfel, Verlt.techn. Schriften, Bödingen-Hellbrunn. [11]

Typogr. Mitteilungen
Jahrgänge 1914-1918 sowie andere Fachzeitschriften (auch fremdsprachl.) und Fachbücher kauft K. Humann, Kaufman in Schlesien, Dreifelderer Straße 27 II. [41]

Wo bietet sich Gelegenheit zur Übernahme kleinerer Druckerei in wertbeständige Pacht?
Gest. Angebote unter Nr. 42 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Rudolf Vogel
und Anton Hagen gebt eine Lebenszeichen an Cure Bernauer „Manke“ aus Hofmanns Zeiten. Ich freue mich riesig, Albert Vogel, Händel bei Hagenberg, Volkhardstraße 9.
Jeder Buchdrucker erlernt die Weltkultursprache

I D O
ohne Lehrer aus dem Lehrbuch für Arbeiter. Grundpreis 1 M. Zu beziehen vom Ido-Verlag A. Volz, Leipzig, Braustraße 29 III. Postcheckkonto -4273. Weitere Auskünfte erteilt W. Fromm, Leipzig-Döllitz, Crostewitzstrasse 7.
Fernunterricht unentgeltlich. Siehe Nr. 86 des „Korrespondent“ S. 347, Literarisches S. 347. [376]

Briefmarken!
Welcher Bureau- oder sonstige Kollege sendet gegen Vergütung oder Tausch gut erhaltene Briefmarken, speziell Bayern, Saargebiet, Danzig, besetzte Gebiete, Ober-Schlesien, Ostpreußen, Memel, Tschchoslowakei, Österreich usw. und sonstiges Ausland? Angebote an [43]
Helmut Weeking, Bleisfeld (Westf.), Friedrichstrasse 33.

Sidial f. Blei, Holz, Linoleum
Verl. d. Bild.-Verb. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 8. Oktober verschied infolge Herzschlages unser wertvoller Kollege, der Seherinwalde **Max Delmayer** aus Landskron, im Alter von 72 Jahren. [39]
Ehre seinem Andenken!
O. v. Landshut.

Am 29. September verschied an Blasenleiden unser lieber Kollege, der Seher **Wilhelm Philipp** im 59. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
O. v. Halberstadt.